

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 6. März 2019 / Mercredi matin, 6 mars 2019

Regierungsrat / Conseil-exécutif

**10 2018.STA.1614 Bericht RR
Die Aussenbeziehungen des Kantons Bern 2018**

**10 2018.STA.1614 Rapport CE
Les relations extérieures du canton de Berne en 2018**

Präsident. Wir fahren weiter und kommen zum Traktandum 10: «Die Aussenbeziehungen des Kantons Bern [...]». Dies ist ein Bericht des Regierungsrates, der von der SAK vorberaten wurde. Ich gebe der Sprecherin der SAK, Grossrätin Fisli, das Wort.

Karin Fisli, Meikirch (SP), Kommissionssprecherin der SAK. Der vorliegende Bericht über die Aussenbeziehungen des Kantons Bern 2018 diene als Grundlage für den Dialog, den die SAK am 11. Februar 2019 mit der Regierung geführt hatte. Den jährlichen Dialog und den halbjährlichen Zwischendialog zu den Aussenbeziehungen bewerten sowohl die Kommission als auch der Regierungsrat als positiv und gewinnbringend. Die Zusammenarbeit zwischen SAK und Regierungsrat hat sich mittlerweile etabliert. Wie die SAK feststellen konnte, sind auch die Informationen und der Einbezug der übrigen Kommissionen bei aussenpolitischen Geschäften insgesamt zur Zufriedenheit von allen Beteiligten. Namentlich die Meldung und Überweisung von Geschäften und Vorinformationen von Verträgen an die Kommissionen funktioniert grossmehrheitlich gut. Die Regierung nimmt ihre Bringschuld ernst.

Jetzt komme ich zum eigentlichen Bericht. Er gibt Auskunft über die Aktivitäten des Kantons auf Bundesebene, bei der Europapolitik des Bundes und der interkantonalen Zusammenarbeit. Im Namen der Kommission möchte ich mich beim Präsidenten der zuständigen Regierungsdelegation für Aussenbeziehungen, Regierungsrat Ammann, und beim Staatsschreiber, Herrn Auer, für den Bericht, aber auch für die guten Gespräche und die ausführlichen Antworten auf unsere Fragen bedanken.

Anlass zur Diskussion in der SAK gaben unter anderem die Position und weitere Schritte des Regierungsrates bezüglich des Rahmenabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU). Der Bundesrat hat den Entwurf des Abkommenstexts am 7. Dezember 2018 veröffentlicht, ohne sich dazu zu äussern. Stattdessen eröffnete er im Januar bei den betroffenen Kreisen eine Konsultation dazu. Diese Konsultationen dauern noch bis im Frühjahr 2019 an. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) wird am 29. März 2019 einen Positionsbezug zum institutionellen Abkommen verabschieden, und der Regierungsrat wird dort Stellung nehmen. Die Kantone sind hauptsächlich durch die Regelung zu den staatlichen Beihilfen und zur Unionsbürgerrichtlinie betroffen. Sie müssen aber auch eine politische Gesamtbeurteilung vornehmen und die Konsequenzen einer Ablehnung des Rahmenabkommens in ihre Beurteilung miteinbeziehen. Zu beurteilen wäre etwa, ob die Erosion des bilateralen Wegs für den Wirtschafts-, Bildungs- und Forschungsstandort Bern zu verkraften wäre. Ausserdem wurden seitens der SAK genaue Informationen über die Bemühungen des Regierungsrates in Sachen Neugestaltung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) gefordert. Der Kanton Bern konnte sich mit seiner Haltung – Ablehnung des NFA – nicht durchsetzen. Das Geschäft scheint auch in den eidgenössischen Räten im Sinn der Mehrheit der Kantone verabschiedet zu werden, was dem Kanton Bern erhebliche Mindereinnahmen bringt.

Auch die Aktivitäten des Kantons im Rahmen des Schwesterabkommens mit der Stadt Shenzhen in China waren ein Thema. Shenzhen hat eine Vorreiterrolle in Bezug auf die Digitalisierung. Der Kanton Bern erhofft sich, das Know-how und gute Projekte aus China übernehmen zu können, weil uns die Digitalisierung zurzeit und in Zukunft stark beschäftigt. Im letztjährigen Bericht wurde über das Projekt Bosnien-Herzegowina berichtet. Dieses Projekt ist mit messbarem Erfolg abgeschlossen. Der Regierungsrat will keine eigenen Projekte mehr starten, weil die Entwicklungszusammenarbeit vor allem Aufgabe des Bundes ist. Der Kanton Bern führt seine Entwicklungszusammenarbeit insofern

weiter, als er weiterhin Lotteriefondsmittel für Projekte von nicht-staatlichen Organisationen und für Soforthilfe zur Verfügung stellt.

Im Bericht hält der Regierungsrat auch seine aussenpolitischen Schwerpunkte für das laufende Jahr 2019 fest. Diese setzt der Regierungsrat insbesondere bei den fortwährenden Bemühungen an die Adresse des Bundesrates und der eidgenössischen Räte um den Verbleib des SRG-Radiostudios am Standort Bern, bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Jurabogen sowie bei der Zusammenarbeit mit der japanischen Präfektur Nara im Bereich der Forschung und Entwicklung rund um das Thema der alternden Gesellschaft.

Die SAK hat den Bericht über die Aussenbeziehungen des Kantons Bern 2018 einstimmig zur Kenntnis genommen, und wir empfehlen Ihnen, den Grossrätinnen und Grossräten, dies auch so zu tun.

Präsident. Gibt es Fraktionserklärungen? – Für die grüne Fraktion: Grossrat Grupp.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Ich schliesse mich der Würdigung und dem Kommentar der Kommissionssprecherin, meiner Vorrednerin, an. Sie hat die guten Beziehungen und die Aktivitäten gegen aussen gut zusammengefasst und kommentiert. Es ist auch den Grünen ein Bedürfnis, sich beim Regierungsrat und beim Beauftragten für Aussenbeziehungen für ihr Engagement und für die Berichterstattung zu danken.

In zwei Bereichen möchten wir aber noch ein bisschen klarer und auch ein bisschen kritischer werden, und zwar geht es beide Male um die Beziehungen zur EU, wozu wir auch noch Fragen an den Regierungsrat haben. Als Erstes haben wir von grüner Seite Mühe mit der Kritik des Regierungsrates und der KdK zum Rahmenabkommen der EU. Wir können verstehen, dass bei diesem Vertragswerk, bei dem ja noch nicht alle Punkte in genügendem Mass geklärt sind, gewisse Vorbehalte bestehen. Im Bereich der staatlichen Beihilfen, der auch alle Steuergeschenke und «Goodies» für ansiedlungswillige Unternehmen enthält, begrüssen die Grünen aber ausdrücklich ein Mehr an Transparenz, so wie es die EU fordert. Wenn es allerdings um den Weiterbestand von staatlichen oder halbstaatlichen Unternehmen geht – also BLS, BKW und so weiter –, wenn es um Vorbehalte in diesem Bereich ginge, könnten wir die Sorge des Regierungsrates wiederum teilen. Darum bitten wir ihn, noch ein bisschen zu präzisieren, was denn die Vorbehalte des Regierungsrates gegenüber diesem Rahmenabkommen genau sind.

Beim zweiten Punkt geht es um die Verschärfung der EU-Waffenrichtlinie. Auch hier bringt der Kanton Bern gewisse Vorbehalte an, primär aufgrund des administrativen Aufwands. Wir finden es von grüner Seite her aber gefährlich, vor der bevorstehenden... (*Grossrat Grupp hält inne, während das Mikrofon zu blinken beginnt. Der Präsident weist ihn darauf hin, dass für dieses Geschäft die reduzierte Debatte gilt. / Lorsque le micro commence à clignoter, M. Grupp marque une pause. Le président l'informe que cette affaire est délibérée sous la forme du débat réduit.*) Okay. Wir finden es gefährlich, wenn sich der Regierungsrat in diesem Rahmen kritisch äussert, vor allem vor der bevorstehenden Volksabstimmung. Uns interessiert, ob in diesem Sinn weitere Vernehmlassungen oder Öffentlichkeitsarbeit geplant sind: Will sich der Regierungsrat noch öffentlich und kritisch zu diesem Thema äussern? – Das wäre unsere zweite Frage. Danke für die Beantwortung.

Präsident. Ich danke für die Kenntnisnahme, dass es sich um eine reduzierte Debatte handelt. Wir kommen zur EVP: Grossrat Jost.

Marc Jost, Thun (EVP). Im Namen der EVP-Fraktion äussere ich mich auch kurz zu einem Thema in diesem Bericht zu den Aussenbeziehungen; es ist dasselbe wie jenes meines Vorredners. Ich möchte ebenfalls ganz kurz einige Gedanken aus unserer Fraktion zum Thema Beziehung der Schweiz zur EU weitergeben. Für uns ist dies, wie für viele hier im Raum, natürlich ein ganz zentraler Punkt. Der tägliche Export in Milliardenhöhe aus der Schweiz in die EU ist ein wichtiger Indikator dafür. Die EVP-Fraktion begrüsst, dass der Regierungsrat die Risiken eines Scheiterns der Verhandlungen und damit verbundene Eskalationsspiralen nicht nur in die Beurteilung miteinbezieht, sondern auch sehr ernst nimmt. Die Situation von Grossbritannien schon vor dem Brexit sollte uns alle aufhorchen lassen. Der Bankensektor in London zum Beispiel verschiebt Tausende von Arbeitsplätzen auf den Kontinent. Mehrere Autohersteller sind daran, Werke auf den Britischen Inseln zu schliessen, und weitere prüfen eine Schliessung ihrer Werke. In anderen Branchen sieht es ähnlich aus.

Auch wenn die Situation der Schweiz natürlich nicht identisch ist mit jener Grossbritanniens, ist aus unserer Sicht grosse Vorsicht geboten, damit wir am Ende nicht auch mit leeren Händen dastehen.

Natürlich sind wir uns bewusst, dass im Rahmenabkommen, das jetzt vorliegt, nicht alles perfekt ist, aber wir finden, Nachverhandlungen sollten auf keinen Fall leichtfertig gefordert werden. Die EVP-Fraktion ist der Meinung, dass im Moment kaum eine bessere Lösung durch Nachverhandlungen mit der EU erwartet werden kann, und akzeptiert darum im Grundsatz das vorliegende Abkommen. Einzig die Unionsbürgerrichtlinie muss aus unserer Sicht für die Zukunft besser geklärt werden. Dies ist aber heute nicht der Hauptgegenstand. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Das ist einfach ein Punkt, der bei dieser Gelegenheit von der EVP-Fraktion betont werden wollte.

Walter Schilt, Utzigen (SVP). Wir haben diesen Bericht auch seitens der SVP-Fraktion besprochen. Vorab danke ich dem Regierungsrat für das Verfassen des Berichts.

Wir sind vor allem beim institutionellen Rahmenabkommen auch froh, wenn der Regierungsrat gut hinschaut. Denn dort geht es vor allem auch um Finanzflüsse, bei denen es schwierig würde, insbesondere auch Neue Regionalpolitik (NRP), Tourismus, Kantonbank und auch die Unterstützung der Landwirtschaft. Man muss dort gut hinschauen, und da sind wir sehr froh, wenn man dort auch den nötigen Einfluss nimmt, soweit das noch geht. Die SVP-Fraktion hat diesen Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Grossrat Gullotti.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS). Au nom du groupe socialiste je vous invite à soutenir ce rapport. Comme l'a dit notre collègue Grupp, nous serons également attentifs en ce qui concerne la directive sur les armes, et nous sommes particulièrement contents que le gouvernement s'intéresse à la question de l'Arc jurassien, et continue aussi à s'intéresser à la question de l'Arc jurassien.

Präsident. Ich gebe das Wort dem Regierungsvizepräsidenten, Regierungsrat Ammann.

Christoph Ammann, Volkswirtschaftsdirektor. Die Regierung teilt die Auffassung der Kommission, wonach wir mit dem Jahresbericht zu den Aussenbeziehungen eine gute, sachdienliche Auslegeordnung zum Stand zu den aktuellen Aussenbeziehungen haben: zu dem, was gemacht wurde, und zu dem, was man in Aussicht stellt. Wir zeigen im Bericht 2018 auf, wie die Regierung im letzten Jahr die Interessen des Kantons gegenüber den Bundesbehörden, anderen Kantonen, aber auch gegenüber dem Ausland – das Stichwort EU ist angesprochen worden – wahrgenommen hat. Gleichzeitig legen wir auch die Schwerpunkte für das laufende Jahr fest. Ich danke der Kommission, aber auch den Fraktionen, die den Bericht jetzt so unterstützend zur Kenntnis nehmen wollen.

Ich verzichte an dieser Stelle darauf, den Bericht in allen Einzelheiten vorzustellen, gehe aber gerne auf Fragen ein. Ich gehe auch kurz darauf ein – das gibt eigentlich einen nahtlosen Zusammenhang zum Thema, das wir vorhin besprochen haben –, was die Rolle des Kantons und das Engagement im Zusammenhang mit den Aussenbeziehungen zu tun hat mit dem Engagement 2030 und somit eben auch mit den Regierungsrichtlinien.

Wir haben es in verschiedenen Voten von Grossrätinnen und Grossräten festgestellt, und auch seitens des Regierungspräsidenten und meiner selbst kam es zum Ausdruck: Die Zukunftsstrategie für unseren Kanton ist eine Aufgabe, die wir zusammen angehen wollen. Es sind grosse Aufgaben, die wir uns gestellt haben. «Zusammen» heisst auf der einen Seite: das Parlament mit der Regierung, das Parlament und die Regierung zusammen mit den Anspruchsgruppen, mit den Anspruchsgruppen hier in diesem Kanton, mit unseren mehr als einer Million Einwohnerinnen und Einwohnern. Es geht aber eben auch darum – und damit bin ich bei den Aussenbeziehungen –, dass man das «Zusammen» als Begriff auch noch ausweitet, im Verständnis, dass der Kanton Bern mit einer Hauptstadt, ein zweisprachiger Brückenkanton, auch die Zusammenarbeit mit Nachbarkantonen und mit der Bundesebene anstrebt, dass er dies pflegt und auch dort das Potenzial nutzt. Oder anders gesagt: Der Kanton Bern kann seine Gestaltungskraft, seinen Handlungsspielraum und seine Entwicklungsmöglichkeiten dann erweitern, wenn er seine Interessen auf Bundesebene, in der Zusammenarbeit mit anderen Kantonen sowie gegenüber dem Ausland bestmöglich einbringen und durchsetzen kann. Wir machen dies in verschiedenen Gebieten; sie wurden von der Kommissionssprecherin angesprochen.

Negative Auswirkungen auf die Kantonsfinanzen haben beispielsweise Bestimmungen auf Bundesebene, wenn es um eine Neuregelung des Finanzausgleichs geht oder darum, dass kantonale Kompetenzen berührt werden und dass es von der Bundesebene her Eingriffe gibt; Stichwort Waffenrecht. Das ist die Frage, die der EVP-Sprecher gestellt hat. Selbstverständlich unterstützt die

Regierung die Vorlage des Bundes, aber es ist in diesem Zusammenhang auch die Aufgabe der Regierung, gegenüber den Bundesbehörden klarzumachen, dass wir einen Vollzugsaufwand sehen und dass wir eine Regelung wollen, die diesen Vollzugsaufwand möglichst tief hält und damit eben auch möglichst tiefe Kosten zur Folge hat.

Wenn ich ganz kurz die Beurteilung der Ziele des letzten Jahres vornehme – ich habe es angesprochen –, konnten wir bei der Reform des NFA unsere Interessen nicht durchsetzen. Wir müssen damit rechnen, dass der Nationalrat den Vorschlag des Bundesrates und der KdK übernimmt, und dies wird zur Folge haben, dass der Kanton Bern ab dem nächsten Jahr *erheblich* weniger Geld aus dem NFA erhält – ein Beispiel, das zeigt, dass Interessenvertretung nicht immer erfolgreich ist. Erfolgreich war sie in anderen Bereichen – Stichwort Unternehmenssteuern: Dort ging es der Regierung darum, dass eine Ausgestaltung einer eidgenössischen Steuergesetzrevision einen genügend grossen Handlungsspielraum auf kantonaler Ebene lässt, dass wir hier einen Spielraum haben, den wir zugunsten der Wirtschaft und der Gesellschaft nutzen können. Ein anderes Beispiel ist der Infrastrukturbereich, in dem wir uns als Kanton erfolgreich dafür eingesetzt haben, dass wir als Mitbesteller im Regionalverkehr mitbestimmen können, indem wir uns gewehrt haben gegen die sogenannte Rosinenpickerei bei den Fernbus-Anbietern, indem wir uns mit unseren Nachbarkantonen im Zusammenhang mit der Hauptstadtregion auch für einen Ausbau des Lötschberg-Basistunnels eingesetzt haben und so weiter und so fort; dies zum Thema Infrastruktur.

Als letztes Beispiel komme ich zum Thema des institutionellen Abkommens. Unabhängig von der Beurteilung, die man in den einzelnen Parteien vornimmt, ist das gemeinsame Verständnis da, dass dies ein wichtiges Thema ist. Entsprechend hat die Regierung dort auch Verantwortung und eine Rolle. Es geht um viel, auch für den Kanton Bern; ich denke, dies ist vom EVP-Sprecher erwähnt worden. Es geht um den Wirtschafts-, Forschungs- und Bildungsstandort; es geht schlussendlich um die Grundsatzfrage, wie die Schweiz auf dem bilateralen Weg mit der EU weiterfährt. Dies spielt nicht zuletzt auch eine Rolle für die Regierungsrichtlinien und damit für die strategischen Ziele der Regierung. Der Kanton Bern schaut zusammen mit den anderen Kantonen kritisch hin; das muss er, es geht um kantonale Interessen. Die Regierung hat noch keine Haltung im Sinne eines formellen Beschlusses – dieser folgt in nächster Zeit –, aber die Diskussionen, die wir bis jetzt in den Sitzungen geführt haben, zeigen, dass wir uns der Beurteilung des leitenden Ausschusses der KdK anschliessen. Es gibt Punkte, die man im Auge behalten und zu denen man im Sinne von Zusicherungen der EU auch Zugeständnisse erhalten muss. Es geht beispielsweise um das Thema Lohnschutz oder um die Frage, inwieweit in einem Rahmenabkommen Automatismen enthalten sind, die zu einer dynamischen Übernahme von EU-Recht führen, das im Rahmenabkommen selbst nicht enthalten ist.

Nicht zuletzt – dieses Thema wurde auch angesprochen – geht es auch um das Thema der staatlichen Beihilfen, und da hat der SVP-Sprecher richtig darauf hingewiesen: Es geht um weit mehr als um Subventionen oder Steuervergünstigungen. Es geht beispielsweise um die Frage, ob eine Auslegung, eine Interpretation eines Rahmenabkommens überhaupt noch Förderungsmassnahmen zulässt, beispielsweise im Rahmen der NRP. Wie sind in diesem Licht staatliche Beihilfen und kantonale Beteiligungsgesellschaften – diese wurden erwähnt: BKW, Kantonalbanken und so weiter – zu betrachten? Es versteht sich von selbst, dass die Kantone ein Interesse haben und dies entsprechend kritisch betrachten, im Wissen darum, dass der bilaterale Weg unseres Landes bisher ein erfolgreicher Weg war.

Wenn ich noch kurz den Ausblick mache auf die Schwerpunkte des laufenden Jahres, geht es in einem ersten Punkt darum, dass die Regierung wissen will, wie unsere Interessenvertretung auf Bundesebene wirkt, oder anders gesagt: Wie kommt man an die Mitglieder des Bundesparlaments heran, wie kann man sie überzeugen, wie funktioniert eben die Interessenvertretung? Dies wollen wir anschauen und wenn nötig allenfalls Anpassungen vornehmen. Ein Thema, das uns schon im letzten Jahr beschäftigt hat und auch gerade aktuell in diesem, ist das Thema Radiostudio Bern. Der Nationalrat wird sich wahrscheinlich noch in dieser Session – das heisst: in den nächsten Tagen – mit parlamentarischen Initiativen befassen. Dort sind wir im Hintergrund am Arbeiten und am Überzeugungsarbeit leisten, auch im Sinne dieses Parlaments und des Auftrags, den der Grosse Rat der Regierung erteilt hat. Ich glaube, wir sind uns hier alle einig, und ich sage dies deutlich und pointiert: Was passiert ist oder bevorsteht, ist medienpolitisch ein Sündenfall. Es geht darum, dass man alle Mittel und Möglichkeiten jetzt noch nutzt, im Moment über den politischen Weg mit parlamentarischen Initiativen im Nationalrat. Es geht um ein bewährtes Angebot, das einer «Idée Suisse» der SRG entspricht, das schlussendlich die SRG auch stark gemacht hat und das in einer breiten Öffentlichkeit die Akzeptanz hingekriegt hat, dass wir die «No Billag»-Abstimmung gewinnen

konnten. Es geht darum, dass man auf ein solch bewährtes Angebot nicht ohne Not verzichtet und den Medienstandort unnötig schwächt. Daran arbeiten wir.

Und ein letzter Punkt: Wir sind daran, im Rahmen des Freundschaftsabkommens, das der Kanton Bern nicht nur mit Shenzhen hat – dieses wurde angesprochen –, sondern auch mit der Präfektur Nara, Japan, genau hinzuschauen. Das ist auch ein Anliegen, das in der Diskussion in der SAK im Zusammenhang mit den Regierungsrichtlinien angesprochen wurde. Wie macht man in Japan Alterspolitik? Die Japaner sind diesbezüglich vorbildhaft unterwegs, und wir versprechen uns aus diesem Freundschaftsabkommen und aus diesen Aktivitäten auch Erkenntnisse, die man nachher im Kanton Bern allenfalls nutzbar machen kann.

Ich komme zum Schluss, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte: Ich bin überzeugt, dass wir mit dem Dialog, den wir im Moment mit der SAK etabliert haben, ein wertvolles Instrument haben, das wir für die Zusammenarbeit zwischen Kommission, Parlament und Regierung nutzen können, das aber auch generell wichtig ist als Instrument für die Wirkung unserer Arbeit in den Aussenbeziehungen. Ich habe auch den Eindruck, dass wir heute eine bessere, stärkere und vor allem eine gemeinsam entwickelte Sicht auf die Aussenbeziehungen unseres Kantons haben; eine bessere Sicht, als wir sie noch vor dem Inkrafttreten des neuen Parlamentsgesetzes im Jahr 2014 hatten. Dafür danke ich Ihnen, und ich danke Ihnen auch für die Aufmerksamkeit.

Präsident. (*Grossrat Grupp wünscht noch einmal das Wort. / M. le député Grupp demande de nouveau la parole.*) Es gibt in einer reduzierten Debatte kein weiteres Votum, Entschuldigung.

Wir kommen zur Abstimmung und zur Kenntnisnahme dieses Berichts des Regierungsrates. Wer den Bericht über die Aussenbeziehungen des Regierungsrates zur Kenntnis nehmen will, stimmt Ja, wer ihn nicht zur Kenntnis nehmen will, stimmt Nein.

Abstimmung (Kenntnisnahme)

Vote (Prise de connaissance)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Kenntnisnahme / Prise de connaissance

Ja / Oui 123

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 3

Präsident. Sie haben diesen Bericht zur Kenntnis genommen, mit 123 Ja- bei 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Ich danke dem Regierungsvizepräsident für die Anwesenheit; wir werden ihn später in der Session sehen. Wir machen einen kurzen Wechsel im Präsidium.